

Halle und Umgebung.

Amthlicher Teil.

Halle, den 28. August 1917.

Verordnung über Absatzbeschränkung von Obst.

Auf Grund der Verordnung über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 (Reichsgesetzbl. S. 307), der Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst vom 20. August 1917 und mit besonderer Ermächtigung der Provinzialstelle für Gemüse und Obst in Magdeburg wird für den Stadtkreis Halle folgendes bestimmt:

§ 1. Bis zum 2. September d. J. dürfen Äpfel, Birnen, Pflaumen und Zwetschen aus dem Stadtkreis Halle nicht ausgeführt werden. Für die Zeit nach dem 2. September werden weitere Anordnungen ergehen.

§ 2. Die Erzeuger von Obst - gleichgültig, ob sie das Obst als Eigentümer oder Pächter ernten - dürfen die geernteten Äpfel und Birnen, mit Ausnahme derjenigen der Gruppe 1, sowie sämtliche Pflaumen und Zwetschen nur an die vom Kommunaloberamt Halle eingerichtete Obstannahmestelle, Richard Kammerberg, Markt, Roter Turm, oder an einen mit einer roten Ausweisarte des Magistrats versehenen Aufkäufer verkaufen. Der Verkauf an andere Personen oder Stellen ist verboten. Die Obstannahmestelle und die Aufkäufer haben über jeden Verkauf einen mit dem Magistratsstempel versehenen grünen Schein auszustellen.

Mit Erlaubnis des Magistrats dürfen die Erzeuger das Obst direkt an die Marmeladenfabrik Borgwardt & Söhne in Wittenberg verkaufen. Die über solche Gebirgen ausgeteilten Frachtpreise müssen vom Stadterhaltungsausschuss, Abteilung für Obst und Gemüse, Marktpl. 22, Zimmer 19, abgefordert werden.

§ 3. Der Kaufpreis zahlt die Obstannahmestelle, und zwar in den Fällen des Abs. 1 bei der Uebernahme bei direkter Uebernahme gemäß Abs. 2 nach der Verabredung, welche durch Duplikatnachricht nachgewiesen ist.

Mit Kaufpreis werden die gesetzlichen Erzeugerhöchstpreise gezahlt, zuzüglich einer Abieferungsprämie, welche beträgt:

- 1. beim Verkauf an die Obstannahmestelle (Abs. 1) a) wenn der Verkäufer dieser das Obst zuführt, 1,50 Mark für den Zentner, b) wenn die Annahmestelle das Obst vom Verkäufer abholt, 1 Mark für den Zentner; 2. beim direkten Verkauf an die Marmeladenfabrik (Abs. 2) 5 Mark für den Zentner.

§ 4. Erzeuger, welche die im § 1 Abs. 1 genannten Obstsorten nicht freiwillig an eine der im § 2 Abs. 1 und 2 bezeichneten Stellen verkaufen oder verkaufen lassen eine Genehmigung zu gewärtigen. Im Falle der Entziehung fällt die Lieferungsprämie fort.

§ 5. Alle Verkäufer, und zwar Erzeuger sowie Händler, von in Halle befindlichen Äpfeln, Birnen (bei diesen beiden hier einschließlich der Gruppe 1), Pflaumen und Zwetschen haben dem Magistrat, Stadterhaltungsausschuss, auf Erfordern Auskunft über die bei ihnen vorhandenen Mengen dieser Obstsorten nach Gewicht und Art zu geben. Sie sind ferner verpflichtet, die Ware pfleglich zu behandeln. Sie haben endlich dem Magistrat, Stadterhaltungsausschuss, auf Erfordern wohnortsgemäße Auskunft darüber zu geben, welche Mengen sie in ihrem eigenen Haushalt oder Betrieb verbraucht oder verarbeitet haben.

§ 6. Wer den Vorschriften dieser Verordnung zuwiderhandelt, wer insbesondere vor dem 3. September Obst aus Halle ausführt, oder wer Obst der in § 2 genannten Arten an andere als die in § 2 bezeichneten Stellen veräußert, oder wer solches Obst

ohne eine ihm gemäß § 2 vom Magistrat erteilte Kaufberechtigung erwirbt, wer endlich die Aufbewahrungs- und Auslieferungspflicht des § 4 verletzt, wird gemäß § 16 der Verordnung über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 (Reichsgesetzbl. S. 307) mit Gefängnis bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu zehnmaligem Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Vorräte erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterlass, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 6. Diese Verordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft.

Bekanntmachung über Obst.

Auf Grund der §§ 11 und 12 der Verordnung über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 (Reichsgesetzbl. S. 307) wird bestimmt:

1. Im Gebiete des Deutschen Reiches dürfen Äpfel, Birnen, Pflaumen und Zwetschen nur mit Genehmigung der zuständigen Landesstelle für Gemüse und Obst (in Preußen der Landesstelle oder der zuständigen Provinzial- oder Bezirksstelle) abgesetzt werden. Die anderen Gemüsearten, Obst und Obst erlassen die näheren Bestimmungen über die Voraussetzungen, unter denen die Genehmigung zu erteilen ist.

2. Die Genehmigung wird, soweit es sich um Beförderung mit Eisenbahn, Kahn, Waagen, Karren oder Fahren handelt, durch Ausstellung eines Beförderungsscheines erteilt. Die Landesstellen dürfen bei Vorliegen auf weitere Beförderungsarten ausweichen. Sie treffen nähere Bestimmungen über Form und Inhalt des Beförderungsscheines und können die Ausstellung auf andere Stellen übertragen, auch mit Zustimmung der Reichsstelle für Gemüse und Obst für einzelne Landesstellen und einzelne Beförderungsarten bestimmen, das die Ausstellung nicht erforderlich ist; die Genehmigung vielmehr in anderer Form erteilt werden darf.

3. Von den vorstehenden Beschränkungen bleibt unberührt der Absatz an Verbraucher, wenn nicht mehr als ein Kilogramm an den gleichen Verbraucher abgesetzt wird. Diese Mengenbeschränkung gilt nicht für den Verkauf auf öffentlichen Märkten.

4. Die zuständigen Landesstellen (in Preußen auch die zuständigen Provinzial- und Bezirksstellen) dürfen den Export durch Verbraucher sowie den Handel auf öffentlichen Märkten einer besonderen Regelung unterwerfen.

5. Der Absatz von Obst zur Erfüllung der von der Reichsstelle für Gemüse und Obst auf öffentlichen Märkten abgeforderten oder von der Verwaltungsstelle der Reichsstelle oder einer Landesstelle genehmigten Verträge bleibt zulässig. Die Erteilung des Beförderungsscheines für solches Obst darf nicht verweigert werden.

§ 2. Alle Verkäufer der im § 1 genannten Obstsorten haben der zuständigen Landesstelle (in Preußen der Landesstelle oder der zuständigen Provinzial-, Bezirks- oder Kreisstelle) auf Erfordern Auskunft über die vorhandenen Mengen nach Gewicht und Art zu geben. Sie sind ferner verpflichtet, die Ware pfleglich zu behandeln, nach Bedarf auch zu bewachen. Der Verbrauch und die Verarbeitung im eigenen Haushalt oder Betriebe bleiben zulässig.

§ 3. 1. Die Verkäufer haben die von der Verordnung betroffenen Waren auf Befehl der Verwaltungsstelle der zuständigen Landesstelle (in Preußen der zuständigen Provinzial-, Bezirks- oder Kreisstelle) freiwillig zu liefern und auf Abzug zu verladen. Für diese Waren ist ein angemessener Preis zu zahlen, der unter Berücksichtigung der auf Grund der Verordnung über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 (Reichsgesetzbl. S. 307) festgesetzten Höchstpreise sowie der Güte und Verwertbarkeit der Ware im Streitfall von der Verwaltungsstelle der zuständigen Landesstelle (in Preußen der zuständigen Provinzial- oder Bezirksstelle) festgesetzt wird. Befindet sich die Ware nicht mehr beim Erzeuger, so werden entsprechende Zuschläge gewährt, deren Höhe ebenfalls im Streitfall die vorbestimmte Geschäftsabteilung festsetzt.

2. In keinem Falle darf der dem Erzeuger zu gewöhnliche Preis denjenigen Betrag übersteigen, der für die gleiche Menge und Güte auf Grund eines Lieferungsvertrages oder im § 1 Absatz 5 bezeichneten Art zu zahlen ist.

§ 4. 1. Das Eigentum an den in § 1 genannten Obstsorten kann auf Antrag der zuständigen Landesstelle (in Preußen auch der zuständigen Provinzial-, Bezirks- oder Kreisstelle) oder der von ihnen bestimmten Stellen, durch Anordnung der zuständigen Be-

hörde auf die in dem Antrag bezeichneten Person übertragen werden. Die Anordnung ist für den Verkäufer zu richten. Das Eigentum kann bei abgerechneter Obst über, sobald die Anordnung dem Verkäufer zugeht. Ist das Obst noch nicht abgerechnet, so tritt der Eigentumsübergang erst mit der Uebernahme ein. Der von der Anordnung Betroffene ist verpflichtet, die Vorräte bis zum Ablauf einer in der Anordnung zu bestimmenden Frist zu verpacken und pfleglich zu behandeln.

2. Liegt die Uebertragung auf Grund eines Lieferungsvertrages ohne eines sonstigen Vertrages einem Dritten ab, so tritt dieser auf die Stelle des Verkäufers, dem die Anordnung zugeht, in. Kamentlich bleibt der Dritte verpflichtet, die Uebertragung sorgfältig auszuführen.

3. Der Uebernahmepreis wird unter Berücksichtigung der auf Grund der Verordnung vom 3. April 1917 über Gemüse, Obst und Süßfrüchte (Reichsgesetzbl. S. 307) festgesetzten Höchstpreise sowie der Güte und Verwertbarkeit der Ware von der zuständigen Landesstelle bestimmt. Der Käufer einer Uebertragung der zuständigen Behörde zur Uebernahme der Vorräte innerhalb der gesetzlichen Frist nicht Folge gefolgt, so ist ein nach freiem Ermessen festzusetzender Abzug zu machen.

§ 5. Streitigkeiten, die sich aus der Anwendung der Vorschriften der §§ 3, 4 ergeben, entscheidet ergültigt die höhere Verwaltungsbehörde des Bezirks, in dem sich die Vorräte zur Zeit der Stellung des Lieferungsvertrages oder des Antrages auf Uebertragung des Eigentums befinden.

§ 6. Die Bestellung des auf Grund dieser Bekanntmachung erteilten Scheines auf die Marmeladenfabrik und für den Frischverbrauch erfolgt durch die Reichsstelle. Diese bestimmt namentlich, welche Mengen für den Frischverbrauch von den Landesstellen (in Preußen den Provinzial- oder Bezirksstellen) in den einzelnen Gebieten zurückgehalten werden dürfen und wofür der Lebensmittel zu liefern ist.

§ 7. Die Reichsstelle (Verwaltungsabteilung) kann für bestimmte Obstsorten sowie für bestimmte Bezirke die vorstehenden Absatzbeschränkungen ganz oder teilweise außer Kraft setzen und das Recht zu solchen Bestimmungen auf die Landesstellen (in Preußen auch auf die Provinzial- und Bezirksstellen) übertragen.

§ 8. Wer den vorstehenden Vorschriften zuwiderhandelt, wird gemäß § 16 der Verordnung über Gemüse, Obst und Süßfrüchte vom 3. April 1917 (Reichsgesetzbl. S. 307) mit Gefängnis bis zu einem Jahre und Geldstrafe bis zu zehnmaligem Mark oder mit einer dieser Strafen bestraft. Neben der Strafe kann auf Einziehung der Vorräte erkannt werden, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, ohne Unterlass, ob sie dem Täter gehören oder nicht.

§ 9. Die Vorschriften dieser Bekanntmachung treten am Tage nach der Verkündung die Vorschriften in § 1 Absatz 2 (Beförderungsschein) tritt mit dem 3. September 1917 in Kraft. Berlin, den 20. August 1917.

Reichsstelle für Gemüse und Obst. Der Vorsteher, von 1119.

Die heutige Obstverordnung des Magistrats will, wie unabhängige übliche Verordnungen im ganzen Reich, das Marmeladenobst erfassen. Es tritt wie als Brotauftrieb im kommenden Winter eher weniger als mehr zur Befruchtung stehen, als im vergangenen Jahr. Die Marmelade muß das Fehlende ersetzen. Sie kann aber der Bevölkerung nur dann in ausreichender Menge und in guter Beschaffenheit, ohne ohne Zufug unzulänglicher Streckungsmittel, zugefugt werden, wenn so viel Obst, als irgend möglich, in die Marmeladenfabriken wandert. Welche Riesengemenge nötig sind, kann man daraus erfahren, daß zur ausreichenden Marmeladenherstellung allein der Provinz Sachsen über 1/2 Million Zentner Obst nötig sind. Die Reichsstelle fordert, daß unsere obfruchtige Provinz diese für ihren Marmeladenbedarf notwendige Obstmenge völlig selbst aufbringt, so, daß sie sogar noch für andere obfruchtige Provinzen mit sorgt. An dem Mache, als sie dabei versagt, wird es ihrer Bevölkerung im Winter an Marmelade fehlen. Jeder einzelne kann dazu beitragen, daß uns solches erspart bleibt. Er lege sich

Mensch selbst der gefährlichste Verbreiter der Bakterien ist, dann aber auch, daß er im allgemeinen für seine eigene Person so lange gegen eine Infektion durch Bakterien geschützt ist, als er über eine unverletzte Hautverfugung. So lange unsere Haut, und zwar nicht nur die äußere Korperhaut, sondern auch die vom Mund bis über reichende Schleimhaut nicht durch Schunden, Risse und dergleichen verletzt ist, finden Bakterien im allgemeinen keinen Eingang in den Körper. So sagte oben, daß der Mensch selbst der gefährlichste Verbreiter jener Krankheitskeime sei. Dem ist in der Tat so, wie sich leicht nachweisen läst. Wird wie beim Typhus oder bei der Cholera, das Krankheitsgift durch unzureichende Nahrungsmittel, Wasser usw. weitergeleitet, so ist es doch immer erst der Mensch gewesen, der durch seinen Aussaat diese Medien mit dem Bakteriengift befruchtet hat. Auch Sandbrucke, Ruhe, Hustenspitze, gemeinlicher Gebrauch von Eschalen, Tischtuckern und ähnlichem spielt hierbei eine große Rolle. Es bedeutet ein völliges Versinken der Tätigen, wenn die Luft beschmutzt wird, in unzureichenden Krankheitskeime weiterzutragen. Das ist im allgemeinen Unfuss, wenn nicht etwa durch Hustenspitze Schleimtropfen Kranke der Luft mitgeteilt und vom Winde fortgewirbelt werden.

Es ergibt sich nun die Frage, wie wir uns vor Bakterien schützen können. Daß eine unverletzte Haut den fürsten Schutz gewährt, wurde bereits oben betont. Damit allein ist für Schutz aber nicht ausgenahtet, sondern nur verringert. Wir müssen vor allen Dingen auf unabhängige Sauberkeit halten, und zwar nicht nur im gebräuchlichsten Sinne, sondern auch hinsichtlich anscheinend ungefährlicher Verkehres- und Berufsmöglichkeiten. Daß in Zeiten von Seuchengefahr die Anstehungsmoglichkeit mit der Anzahl von Menschen wächst, die einen Trambahnwagen oder ein Schulzimmer bevollern, ist zu selbstverständlich, um betont werden zu müssen. Daß ein getragenes Kleidungsstück vor der Desinfektion nicht ohne Gefahr für seinen Kufer ist, wird ebenfalls ohne weiteres einleuchten. Die Tätigen, daß Bakterien ebenfalls Träger von Bakterien sind, muß bei der gegenwärtig eingetretenen riesigen Vermehrung des Krankheitsgiftes ernstlich beachtet werden. Man kann sich leicht ein Bild von der Gefahr machen, wenn man beobachtet, daß die Infektie besteht, daß Bakterien beim Abgahen mit Mundspeichel anzuhaufen und so gewissermaßen mit Bakterien geben, daß Eitertropfen, Mistbrandbeulen, die

Die harmlose Bantnote.

Ein Wort zur Warnung und Aufklärung von Egon Holberg.

(Nachdruck verboten.)

Der Krieg, der auf so vielen Gebieten Erschammittel schafft, macht nicht einmal Salt vor der „Wasserschiff Mammon“. Obwohl Geld und immer wieder Geld zum Kriegsfurhen gebraucht wird, müssen sich Münze und Banknote gefallen lassen, je nach dem Bedarfs der Stunde, „erlebt“ oder umgewandelt zu werden. Den eifern Großen und Großen, den Numismatik-Begeisterten ist in vielen Städten bereits kleines und kleines Papiergeld gefolgt.

Es fragt sich nun, ob der gegen die Friedenszeit tausenden und millionenweise vermehrte Gebrauch von Papiergeld nicht gewisse gefährliche Gefahren in sich schließt, da Banknoten, die durch so viele mehr oder minder laubere Sandebandern, naturgemäß Träger von Bakterien sind. Artikuliert solches Papiergeld außerdem in durchfeuchten Gegenden, so ist die Befruchtung nicht von der Hand zu weisen, daß gefährliche Keime auf diese Weise versprengt werden.

Doch werden wir zunächst einen Blick auf jene unheimlichen Lebewesen, welche die Wissenschaft als Bakterien oder Bazillen bezeichnet, und deren zufällige Uebertragung die Ursache gefährlicher Krankheiten, ja selbst verheerender Epidemien darstellt.

Die Erkenntnis, daß keine Organismen, die ihrer Kleinheit wegen für das menschliche Auge unsichtbar bleiben, unter Umständen Krankheiten erzeugen, konnte naturgemäß erst dann gewonnen werden, als das Mikroskop mit seinen hundertfachen Vergrößerungen dem Menschen eine neue ungeahnte Warthenwelt erschloß. Der erste, der genaue Untersuchungen in dieser Richtung anstellte, war der Holländer Leuwenhoek, dem es gelang, im Mundspiegel eine Anzahl fadenförmiger und fugelartiger lebender Fremdkörper nachzuweisen. Es würde ihm zu weit führen, alle jene Gruppen einzeln aufzuzählen, auf denen die Bakteriologie allmählich sich zu einer selbstständigen Wissenschaft herausgebildet hat; erwähnt sei nur, daß die beiden großen Geister des neunzehnten Jahrhunderts, denen sie unendlich viel verdankt, Robert Koch und Pasteur waren. Beide haben es verstanden, mit Hilfe streng wissenschaftlicher Untersuchungsmethoden die Kenntnis der Cholera, des Typhus, der Tuberkulose und

mehrer anderer Krankheitsformen jenseit zu sichern, daß der Arzt in vollem Vertrauen mit ihrer Ursache ihnen in erfolgreichster Weise eine geeignete Therapie entgegensehen kann.

Unter „Bakterien“ versteht man eine Klasse überaus kleiner Organismen, die in ihren Lebensverhaltungen halb zur Tierwelt und halb zur Pflanzenwelt gehören, sich von den Säften der tierischen Blutzugaben nähren und durch diese ihre Symbiosefertigkeit den befallenen Tier- oder Menschenkörper allmählich zugrunde richten. Je nach ihrer äußeren Form spricht man von Kugelbakterien oder „Kokken“, von Stäbchenbakterien oder „Bazillen“, von schraubenförmigen Bakterien oder „Spirillen“. Dies ist aber natürlich nur eine ganz äußerliche ideematische Einteilung, die ihren Wert insoweit hat, als sie eine bequeme Unterscheidung unter dem Mikroskop gestattet, sonst aber keinen Anhalt für die mehr oder weniger große Gefährlichkeit dieser Schädlinge gibt. Man teilt die Bakterien daher zweckmäßigerweise nach nach anderen Gesichtspunkten ein, nämlich nach der Art ihrer Fortpflanzung.

Bei einer derartigen Einteilung nach geistlichen Gesichtspunkten spricht man nun von Sproigen, von Schimmelpilzen und von Spaltpilzen. Die Beise- oder Spropilze, die ihren Namen ihrer sproartigen Fortpflanzung verdanken, sind die Vordemanner der Bakterienfamilie. Sie sind im allgemeinen nicht nur harmlos, sondern sogar sehr nützlich. Ihre wertvollsten Hilfe verdanken wir der Gährung bei der Brot-, Bier- und Weinbereitung. Auch die Schimmelpilze sind, wenn man von einigen entarteten Rassen mitteilt, abseht, welche die Parfumier- und den Grund hervorzufragen, gar keine so üblen Burshen, da bei der Bereitung von Käse und ganz besonders der feinsten und teuersten Sorten das angenehme Aroma bedingen und hervorzufragen. Die dritte und letzte Klasse der Bakterien, die Spaltpilze, ist weitaus die gefährlichste. Gewiss, nicht jeder Spaltpilz ist der Träger einer Krankheit; aber es ist erwiesen, daß weitens die meisten Infektionskrankheiten, insbesondere die Scharlach, die Cholera, die Typhus, die Pest, der Typhus und zahllose andere durch Spaltpilze hervorgerufen sind. Die Vermehrung des Körpers durch sie kommt zustande durch die Uebertragung, durch ihre Nachkommen und durch ihren Verdauungs- und Ausscheidungsprodukten.

Fragen wir uns nun, welche Eingangsbedingungen die Bakterien im Menschenleibe haben, so können wir gleich zwei sichere Turpforten feststellen, einmal, daß der

zur die Frage vor: will ich lieber **weniger** frisches Obst essen, oder es mit **essen**, das unsere Kinder im Winter trocken Brot essen müssen? So aber muß man fragen, und es gibt nur eine Antwort: In die **Marmeladenfabrik** mit dem Obst!

Heringe.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept. bzw. d. Nov. 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiegenen Heringe wie folgt geregelt:

Der Verkauf wird am **Mittwoch, den 29. August 1917**, in der **Talentschule** fortgesetzt.

Zugelassen zum Einkauf werden die Nummern der Lebensmittelliste 1-7000 vormittags von 8-12 Uhr und die Nummern 7001-14000 nachmittags von 2-6 Uhr.

Jede Person eines Haushaltes werden ca. 110 Gr. zum Preise von 30 Pfennig abgegeben.

Abgeköhltes Geld ist unbedingt bereit zu halten. Papier zum Einwickeln ist mitzubringen. Die Heringe sind wenig gefaltet und bedürfen daher des Einwickelns nicht.

Städtischer Eierverkauf in der Talentschule:

Mittwoch, den 29. August 1917.

Zum Kaufe berechtigt sind die Nummern der Lebensmittelliste 3501-7000 vormittags von 8-12 Uhr, und die Nummern 7001-10 500 nachmittags von 2-6 Uhr.

Für den Kopf eines Haushaltes wird ein **Ein** zum Preise von 31 Pfennig abgegeben.

Der Lebensmittellisten ist vorzulegen!

Zur Beilegung der Abfertigung wollen man abgeköhltes Geld (vor allem Kupfergeld) bereithalten!

Umtausch nur innerhalb drei Tagen.

Bestands- und Bedarfsermittlungen für Kohle.

Auf Anordnung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung findet am 1. September d. J. eine **allgemeine Bestands- und Bedarfsermittlung für Kohle aller Art** statt. In dem wir hierunter den hierauf bezüglichen Teil dieser Verordnung vom 19. Juli d. J. nochmals veröffentlichen, werden alle Verbraucher von Kohle irgendwelcher Art und aller sonstigen Brennstoffe aufgefordert, bei Vermeidung der angeordneten Strafen die Meldungen richtig und vollständig sowie rechtzeitig zu erlangen.

Allen Verbrauchern von Hausbrandkohle und von Kohle für den gewerblichen Bedarf werden Meldebettel durch die Hausbesitzer oder deren Einkäufer zugeföhrt. Die Zettel sind nach Ausfüllung an die Hausbesitzer zurückzugeben und von diesen zur Abholung vom 2. September ab bereit zu halten. Die Inhaber von landwirtschaftlichen Betrieben werden hierdurch aufgefordert, ihre Meldebettel von der Ortsstellenstelle abzugeben, weil für sie mündliche Erläuterungen notwendig sind.

Für Haushaltungen findet nur eine **Bestandserhebung** statt, weil der Bedarf bereits im April d. J. festgestellt worden ist. Aber aus irgend einem Grunde keinen Meldebettel erhält, hat sich selbst entweder durch Bestimmung des Hausbesitzers oder unmittelbar bei der Ortsstellenstelle die nötigen Zettel zu beschaffen. Unterschlagung der Meldung hat neben der angeordneten Strafe Spernung des Kohlenbezugs oder Entziehung der nicht gemeldeten Mengen zur Folge. Die Ortsstellenstelle erteilt im übrigen jede gewünschte Auskunft.

Auszug aus der Bekanntmachung

über die Preisüberprüfung der Haushaltungen der Landwirtschaft und des Kleingewerbes.

§ 3.

1. Von dieser Bekanntmachung werden betroffen: a) der gesamte Hausbrand einschließlich des Bedarfs der Behörden und Anstalten, aber ausschließlich des von den Intendanturen beschafften Bedarfs der militärischen Anstalten.
2. der Bedarf der Landwirtschaft einschließlich der landwirtschaftlichen Betriebe.
3. der Bedarf der Gewerbetriebe, die monatlich weniger als 10 Tonnen (eine Tonne = 1000 Kilo) verbrauchen oder ohne Rücksicht auf die Höhe des Verbrauchs nach

Basillen der Schwindpust, des Typhus und der Diphtherie relativ oft auf verunreinigten Banknoten sich vorfinden. Ihre Anwesenheit auf diesen ist um so bedenklicher, als die Reinigung der Banknoten viel schwieriger zu erzielen ist als die des Metallgeldes. Demnach darf man sich übertriebenen Befürchtungen hingeben, sei demnach Vorbehalt bei dem Gebrauche, vor allem des kleinen, wie die Gesundheitsfrage gerade jetzt der heißen Jahreszeit zunimmt, einmischen man sich daran, daß die Banknote, die zufällig Trägerin von mikroskopischen Keimen Krankheitserregern ist, nicht immer „harmlos“ ist, wie sie aussieht!

Kleines Feuilleton.

Ein **Wort** des Panzertrains. Daß an vielen der besten Bekämpften Kämpfer, die unsere Zeit der fortgeschrittenen Technik verdankt, aus schon früherer Geschichte trotz ihrer unvollkommenen Technik sich einen Namen gemacht haben, ist eine Tatsache, die sich allenfalls aus der Zeit der Befreiungskriege kenntnis, dessen Mitteilung eben jetzt nicht ohne Interesse ist. In einer Eingabe, die am 10. November 1813, wenige Wochen nach der Einnahme Leipzigs, der dortige Müller und Mechaniker Joh. Gottlieb Zieglener an den Vorsitzenden des neu eingesetzten Generalgouvernements für Sachsen richtete, erbot sich dieser Erfinder zur Erbauung eines Panzertrains, von 9 Pferden gezogenen „Kriegswagen“, mit dem man, nach seiner Behauptung, in der Schlacht ganze Glieder des Feindes, Infanterie wie Kavallerie, trennen und über den Haufen werfen könnte. Die Behauptungen, die der Wagner verurteilte, seien ungenügend, sich der Erfinder mit seinem Leben verbürgte, seien ungenügend. Allerdings konnte der Kriegswagen nur in Ebenen und im flachen Felde verwendet werden. Die Rollen seien unbedeutend, zumal vielfach das Material erbeuteter französischer Wagen dazu verwendet werden könnte. Zum Schluß hat der Erfinder, ihn in den Stand zu setzen, einen solchen Kriegswagen zu erbauen. Das Generalgouvernement forderte Zieglener auf, eine ganz genaue Beschreibung des Wagens einzureichen und insbesondere anzugeben, inwiefern der Wagen dem fernsichlichen Gefährten widerstehen könnte. Damit endet leider der Schriftverkehr. Eine Antwort Ziegleners liegt nicht vor, und es ist zweifelhaft, ob eine weiteren Mitteilungen verloren gegangen sind oder ob er nicht imstande gewesen ist, die gemachten nagelegenden Einwände gegen seine Erfindung zu entkräften. Erst dem Weltkriege

§ 2 Abs. 4 der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung betr. Meldebettel für gewerbliche Verbraucher von Kohlen, Koks und Briketts vom 17. Juni 1917 (Reichsanzeiger Nr. 145) nicht zu den meldepflichtigen gewerblichen Verbrauchern gehören (Wägereien, Schlächtereien, Galvanisierereien, Gashöfe, Bodenheizungen und ähnliche Betriebe, die dem täglichen Bedarf der der Gemeinde dienen, aber vorübergehend sich aufhaltenen Betrieben dienen).

II. Zweckel darüber, ob ein Betrieb unter die in Abs. I erwähnte Bekanntmachung vom 17. Juni 1917 fällt, entscheidet die für den Ort des Betriebes zuständige Ortsstellenstelle, beim Fehlen einer solchen die zuständige Kreisverwaltungsstelle, wenn auch diese fehlt, die Kreisverwaltungsstelle.

§ 4.

I. Die Vorstände der Kommunalverbände haben den am 1. September 1917 innerhalb ihres Bezirks mit Ausnahme der Gemeinden von mehr als 10 000 Einwohnern vorhandenen Brennstoffbestand zu ermitteln. Die Ermittlung hat sich auf die Bestände der Verbraucher im Sinne des § 3 Abs. I und auf diejenigen Bestände der Händler zu erstrecken, die nicht zur Belieferung solcher Verbraucher bestimmt sind, die der Meldepflicht für gewerbliche Verbraucher von Kohlen, Koks und Briketts nach der Bekanntmachung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 17. Juni 1917 unterliegen. Auf Bestände unter 100 Kg. hat sich die Ermittlung nicht zu erstrecken.

II. In Gemeinden von mehr als 10 000 Einwohnern liegt die in Absatz I vorgesehene Ermittlung dem Gemeindevorstand ob.

III. Die Vorstände der Kommunalverbände (Abs. I) und Gemeinden (Abs. II) haben ferner den Bedarf ihres Bezirks in dem in § 3 Abs. I bezeichneten Umfang für die Zeit vom 1. September 1917 bis zum 31. März 1918 zu ermitteln.

IV. Die Angaben sind getrennt für die in § 1 genannten Brennstoffarten und nach folgenden Verbraucherguppen zu machen:

1. Hausbrand.
 2. Landwirtschaftlicher Bedarf mit Ausschluß des Hausbrandes (Ziffer 1).
 3. Gewerblicher Bedarf (§ 1 Abs. I, Ziffer 3).
- V. Bei der Ermittlung des landwirtschaftlichen Bedarfs sind diejenigen Mengen abzuziehen, die auf Grund besonderer Ermittlungen zum Getreidebrennen, Pfählen, für Molkereien und Schmieden für die Zeit bis zum 30. September 1917 bereits festgestellt und der Reichsgetreidekasse angemeldet worden sind. Bei der Ermittlung des Bestandes der Landwirtschaft ist in diesen Fällen sowohl der gesamte Bestand als auch der Bedarf festzustellen, der zum Getreidebrennen und Pfählen und für Molkereien und Schmieden für den Monat September 1917 erforderlich ist.

VI. Bei der Bedarfsermittlung ist für die einzelnen Verbraucherguppen zu berücksichtigen und anzugeben, in welchem Umfang andere Feuerungsmittel (Holz, Torf) bisher herangezogen worden sind und bei tünftlich weitgehender Ausnutzung herangezogen werden können.

§ 5.

Zwischenhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Bekanntmachung und gegen die Vorschriften, welche von den für die Unterverteilung beauftragten Stellen auf Grund dieser Verordnung erlassen worden sind, werden nach § 7 der Bekanntmachung über die Bestimmung des Reichskommissars für die Kohlenverteilung vom 28. Februar 1917 (R.G.Bl. S. 193) mit Gefängnis bis zu 1 Jahre und mit Geldstrafe bis zu 10 000 M. oder mit einer dieser Strafen bestraft. Ferner kann auf Einziehung der Brennstoffe erkannt werden, auf die sich die Zwischenhandlung bezieht, ohne Unterschied, ob sie dem Täter zugehört oder nicht. Berlin, den 19. Juli 1917.

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung.

St. u. S.

Bekanntmachung über Brennspiritus.

Der Vorsitzende der Reichsbrandweinstelle

erläßt unter dem 22. August 1917 nachstehende Bekanntmachung:

1. Vom 1. September d. J. an dürfen bis auf weiteres monatlich wieder 25 Hundertheile derjenigen Menge, welche im gleichen Monat des Jahres 1915 für häusliche Zwecke (Häushen) verbraucht worden ist, zu denselben Zwecken in den Ver-

einigungen der Reichsbrandweinstelle

ist es vorbehalten gewesen, die Idee des ehmaligen Leipzigers in die Tat umzusetzen. Einmalige Frau mit ihren kleinen Kindern. Der Landesverein Sächsischer Heimatschutz wird in dem folgenden hübschen Tierbild für die Schonung des Jagels. Ob wohl ein oder der andere Leser schon mal junge Jagel beobachtet hat, so im Alter von fünf bis sechs Wochen? Die neidischen Dinger der Welt sind, wenn sie der Mutter durch Gärten und Gassen nachzugehen in ihren schnurrenden Schrittschritten das raschelnde Raub nach Wäldern und in nicht seltenen durchwäldern, während die Mütter der Mäusejagd obliegen. Man muß es selbst gesehen haben, wie hübsch die Jagelmutter hinter dem ersten Lager her ist und ihn im Arm mit sicherem Griff paßt. Hutzig wird das Wildtier gerlegt, und bald sieht jedes der vier oder fünf Kinder, kuschelnd und leise schweigend, vor seinem Stuhlchen, während sich die Mütter nach neuer Beute umsehen. Der Vater kimmert sich wenig um Weib und Kind; er ist ein redlicher Griesgramm und Einflüßler, und von Jagelgott hält er nicht das geringste. Die Erziehung ruht auf den Schultern der Mutter. Diese hat ihre Sprößlinge in einem verheerenden Lager zur Welt gebracht, kleine, unferne, hübsche und zaghafte Geschöpfe, noch die Sau, von den spigen Stacheln noch keine Spur. Aber schnell wachsen sie in der warmen Kinderhülle heran, von der zärtlichen Mutter gesaugt. Und nun sind schon wirkliche Entgegnungen geworden, ganz die Mama, mit Stacheln und Zähnen und hellblühenden Augen — Rohrstacheln in nachfolgender Hülle; erd unüberdorbene Mensch wird den niedlichen Dingen gut sein. Eine interessanterer Bekanntheit als solche Jagel-familie gibt es auf der ganzen Welt nicht, und so möchte ich einem jeden unseren Freund trotz seiner Stacheln recht warm ans Herz legen und alle bitten, ihm das größte Wohlwollen entgegenzubringen. Der Jagel hat schwer um sein Dasein zu kämpfen, er ist in den letzten Jahrzehnten viel seltener geworden als früher. Gewiß, Jentus I in den Sitten verdirbt er nicht; manches bodenständige Mädchen mit Elen und Brut fällt ihm zum Opfer, und der Jäger, der nur an die Reibung- und Fohlenjagd seines Keniers denkt, ist nicht gut auf ihn zu sprechen. Aber für den Landwirt ist der Jagel als Mäusevertilger von hohem Nutzen, und daß er außerdem die Kreuzotterplage wirksam bekämpft, soll man ihm nicht vergessen. Also Schutz unserem künftigen Freund! Es wäre doch traurig, wenn unsere Kinder und Enkel, denn die Mädchen und Jährling hübsche Geschöpfen, zum Jagel zu erzählen wüßten, dem Stachelträger in freier Natur nie mehr begegnen sollten.

fest gebracht werden. Von diesen 25 Hundertheilen werden 20 Hundertheile zum Preise von 55 Pf. für das Alter gegen Besugsmarken, die von den Kommunalverbänden ausgeben werden, der Rest von 5 Hundertheilen zum Preise von 1,50 Mark für das Alter ohne Besugsmarken ausgeben.

Der Spiritus zum Preise von 55 Pf. für das Alter ist ausschließlich zur Befriedigung des Bedürfnisses minderbemittelter Personen bestimmt die ihn zu Koch-, Heil- und Reinigungswecken benötigen und denen Elektrifiziert, Gas oder Petroleum zur Verfügung steht, sowie zur Dedung des Bedarfs von Personen, die den Spiritus für Zwecke der Kranken- und Säuglingspflege unbedingt gebrauchen.

Die Verteilung der Besugsmarken auf die einzelnen Gemeindebehörden wird in Zukunft nicht mehr durch die Großvertriebsstellen, sondern durch die Kommunalverbände erfolgen. Die Großvertriebsstellen haben den einzelnen Kommunalbehörden bei Übermittlung der Marken ein Verzeichnis zu liefern, aus welchem ersichtlich ist: a) welche Ortsgemeinden des betreffenden Kommunalverbandes von der Großvertriebsstelle im Jahre 1915 Spiritus erhalten haben, b) welche Anzahl von Besugsmarken nach den geltenden Bestimmungen auf den einzelnen Ort entfallen.

In Ausnahmefällen können die Kommunalverbände aus der Zahl der auf sie entfallenden Besugsmarken auch an solche Orte Marken abgeben, die bisher dafür nicht in Betracht kamen. In solchen Fällen kann eine Spirituszufuhr nach diesen Plätzen nicht gewährleistet werden. Die Inhaber von Marken an diesen Orten müssen gewährleisten den Spiritus an einem benachbarten Orte, wo eine entsprechende Abnahme stattfindet, zu liefern.

Andere Besugsmarken als die von der Spiritus-Zentrale erteilten dürfen nicht zur Verwendung gelangen, ebenso dürfen auch andere Befehlsanträge irgendwelcher Art, auf welche Spiritus entnommen werden soll, für den Bezug von Brennspiritus nicht ausgeführt werden.

2. Gemeldet werden, die vollständig veräußerten Branntwein zur Verarbeitung in eigenen Betrieben benötigen, haben sich zur Erlangung der erforderlichen Besugsmarken wie bisher an die Großvertriebsstellen zu wenden.

Besugsmarken, die den Kommunalbehörden überlassen sind, dürfen keinesfalls zur Verarbeitung gewerblicher Bedürfnisse abzugeben werden.

Den Gemeinderäten gleichgestellt werden folgende Verbraucher: Apotheken, Krankenbücherei, Saarettie, Reise, Seemann, Desinfektoren, Landwirtschafliche Betriebe und Behörden.

3. Die Abgabe von Flammenspiritus erfolgt wie bisher durch Kleinhandl. Im denjenigen, die Spiritus für häusliche Zwecke gebrauchen, tünftlich die Möglichkeit zu geben, jederzeit im Monat Spiritus zu erhalten, sind die Kleinhandl. durch die Großvertriebsstellen angewiesen, den Gemeinderäten, deren Verbrauch die Vorräte der Kleinhandl. besonders hart anreißt, den ihnen ausgelieferten Spiritus nicht auf einmal, sondern innerhalb des Monats nur in Teilmengen zu liefern.

Lokaler Teil.

Einiges Neues.

Das Eisenerz erweist für tapferes Verhalten vor dem Feinde an der Westfront der Kanonier Franz Meinhardt, Sohn des Kriegsveteranen von 1870/71 Karl Meinhardt, Auguststraße 15.

Die **Rote-Kreuz-Medaille** 2. Klasse wurde verliehen dem Kolonnenführer der Eröllwiler Sanitätskolonne Bar. Alffried W. Seber. Derselbe Auszeichnung der 3. Klasse erteilte die Militärverwaltung dem Kolonnenführer Karl W. A. Triffl, Nr. 11, und Otto M. A. Leitner Straße 1.

Heinliche Streifzugsaktionen in den letzten Tagen wird vom Ausland her wieder einmal der Versuch unternommen, die deutsche Arbeiterfront zu einem allgemeinen Demonstrationsstreik in ganz Deutschland für Anfang Oktober zu bewegen. Es wird ein Aufruf, das von der Unionsbrüder in Zürich hergestellt ist, mit dieser Aufforderung unter der Arbeiterfront verbreitet. Der gesunde Sinn der deutschen Arbeiter, der sich bei ähnlichen Versuchen schon bewährt hat, läßt es uns für zweifellos erscheinen, daß es auch diesmal das schamlose Anstehen, das zudem noch aus dem Auslande an unsere Seimarme gestellt wird, mit Beachtung von sich weh. Derartige Anschläge sind an und für sich eine Beleidigung unserer Arbeiterfront, denn sie setzen nicht nur eine Minderwertigkeit der Urteilskraft, sondern auch eine Minderkraft der Festinnung voraus.

Freizeitsvermählung für Mitglieder der Schulmutter. Von der Reichsliste für Gemilde und Obst ist ein freiwiliger Sammel- und Helferdienst der Schulmutter zum Aufbau der Wälder nach Pilsen und anderen mitwachsenden Anstalten eingerichtet worden. Schüler und Schullehrer sowie die erforderlichen Beauftragten sind in den Schulen und in den Schulen der Reichsliste benachbarten Freizeitsvermählungen mit folgenden Abwechslungen von den allgemeinen Bestimmungen: Freizeitsvermählungen werden auch an Sonn- und Festtagen sowie ferner dann gewährt, wenn die Teilnehmerzahl weniger als 10 Personen beträgt. Einer besonderen Genehmigung der vorliegenden Elternabteilung bedarf nicht, jedoch ist die Teilnahme an diesen Freizeitsvermählungen, jedoch dürfen die Teilnehmer nicht weniger als 10 Personen betragen. Die Teilnehmerzahl der Freizeitsvermählungen ist auf 10 Personen begrenzt. Die Teilnehmerzahl der Freizeitsvermählungen ist auf 10 Personen begrenzt.

Der Bezirksverband Halle der Fortschrittlichen Volkspartei hält, wie schon kurz mitgeteilt, am Sonntag, den 16. September, vormittags 10½ Uhr im Vereinshaus „St. Nikolaus“ in Halle eine Bezirksversammlung ab. Zur Teilnahme berechtigt sind alle eingetragenen Mitglieder der Fortschrittlichen Volkspartei, stimmberechtigt nur die Vertreter der einzelnen Vereine. Als Vertreter des Parteivorstandes wird Reichstagsabgeordneter K. o. p. teilnehmen. Er wird über die Arbeiten des Landesverbandes und die politische Lage, Abgeordneter D. u. S. über die „Neuorientierung in Preußen“ sprechen. Eine Stunde vor Beginn der Versammlung laßt der Parteivorstand-Vorsitz den „Bezirksversammlung“ liegt folgende Tagesordnung zu Grunde: 1. Mitteilung, 2. Bericht aus der Reichstagswahl, 3. Mitteilung, 4. Haltung der Reichstagspartei (W. K. H.). 5. Neuorientierung in Preußen (W. K. H.). Die Parteimitglieder haben zu dieser Versammlung Zutritt.

Die **Einrichtungen der Bestandserhebung über Ostküste und Ostküste** sind in einigen Fällen immer noch nicht abschließend geworden. Außerdem haben, wie man amtlich mitteilt, verschiedene Meldebettel, die bei der Ausstellung der Zahlung überleben worden sind, dies nicht angezeigt und keine Meldungen erteilt. Das trifft besonders auf eine Reihe von Personen von 3 Kreisen zu, die ihre Meldungen unvollständig zu erstatten haben. Es wird wiederholt ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Nichterfüllung der Meldepflicht streng bestraft werden kann, wozu maner Gebrauch gemacht werden wird, wenn die noch ausstehenden Meldungen nicht sofort im Statistischen Amt einsehen.

Die **Krankheitsfälle** der verletzten künftigen Anstalten der Unteroffiziere Halle während der Kriegsdauer eine große Anzahl von Schülern ausgebildet, die nach bestandenen Staatsexamen zum Teil im Groppegebiet Verwendung gefunden haben, zum anderen Teil in den Seimatspartei als Soldate oder freiwillige Schützen tätig sind. Bei der großen Anzahl von Kranken und Verwundeten aller Art, welche den Kliniten aus allen Teilen der Provinz auftrömen, der weit verzweigten vor-

